Band II

Wolff / Bachof / Stober / Kluth

8., neu bearbeitete Auflage 2023
ISBN 978-3-406-64071-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.
beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Wolff/Bachof/Stober/Kluth
Verwaltungsrecht II

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verwaltungsrecht II

Ein Studienbuch

Von

Dr. Dr. h. c. mult. Rolf Stober

em. o. Professor an der Universität Hamburg

Dr. Winfried Kluth

o. Professor an der Universität Halle-Wittenberg
Richter des Landesverfassungsgerichts a. D.

In Zusammenarbeit mit

Dr. Stefan Korte

Professor an der Technischen Universität Chemnitz

Dr. Sven Eisenmenger

Professor an der Hochschule der Akademie der Polizei, Hamburg

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

8., neu bearbeitete Auflage, 2023

des von Hans J. Wolff begründeten
und von Otto Bachof fortgeführten Werkes

C.H.BECK

Zitiervorschlag: *Eisenmenger,* in: Wolff/Bachoff/Stober/Kluth, VwR II, 8. Aufl. 2023, § #, Rn. #

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 64071 1
ISBN E-Book 978 3 406 74726 7

© 2023 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

CO_2 neutral
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die nunmehr achte Auflage des zweiten Bandes des von Hans-Julius Wolff begründeten und von Otto Bachof fortgeführten Lehrbuchs ergänzt die im ersten Band behandelten Kernthemen des Allgemeinen Verwaltungsrechts durch Bearbeitungen zu den klassischen Themenfeldern des Rechts der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen, des öffentlichen Sachenrechts, des Verwaltungsorganisationsrechts sowie des Verwaltungsvollstreckungs- und Verwaltungssanktionsrechts. Hinzugekommen ist an der Spitze des Bandes ein neuer Abschnitt zu Grundlagen einer transparenten Verwaltung, in dem sich neuere Entwicklungen zum Informations- und Datenschutzrecht in ihrer performativen Wirkung auf das Verwaltungshandeln widerspiegeln, die inzwischen auch dem Allgemeinen Verwaltungsrecht zugeordnet werden können. Das gleiche gilt für den neuen Paragraphen zum Vergabehandeln. Die damit einhergehende thematische Erweiterung wurde durch Straffungen der Darstellung im Bereich des Verwaltungsorganisationsrechts kompensiert, indem dort die Ausführungen zur kommunalen und funktionalen Selbstverwaltung auf die verwaltungsstrukturellen Kernfragen konzentriert und in die Darstellung zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts integriert wurden.

Zusammen liefern beide Bände damit eine umfassende und in ihrer Konzeption moderne Bestandsaufnahme des deutschen Allgemeinen Verwaltungsrechts und repräsentieren damit zumindest auf einer wissenschaftlich-akademischen Ebene die Kodifikationsidee, die der Gesetzgeber bislang nur in Teilbereichen des Allgemeinen Verwaltungsrechts umgesetzt hat. Das Werk knüpft somit an das von Hans-Julius Wolff bei der ursprünglichen Konzeption Lehrbuchs verfolgte Ziel einer möglichst geschlossenen systematischen Erfassung und Darstellung der Verwaltungsrechts an, allerdings mit dem Unterschied, dass sich das Werk wegen des deutlich gewachsenen Umfangs des Besonderen Verwaltungsrechts auf das Allgemeine Verwaltungsrecht beschränkt. Das deutsche Allgemeine Verwaltungsrecht wird im internationalen Vergleich weiterhin als wichtige Referenz für Gesetzgebung und Verwaltungsrechtswissenschaft angesehen, weshalb die Pflege dieses Konzepts auch in einem Lehrbuch weiterhin aktuell und bedeutsam ist.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeitet wurde die Neuauflage durch den gleichen Autorenkreis, der bereits die aktuelle Auflage des ersten Bandes verantwortet. Alle Autoren danken dem auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Prof. Dr. Martin Müller und gedenken dem viel zu früh verstorbenen Prof. Dr. Andreas Peilert, die an der Vorauflage mitgewirkt haben.

Bei der Neubearbeitung wurden die Autoren in Einzelbereichen durch ihre wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt, denen auch an dieser Stelle der besondere Dank gilt. Unter anderem hat in Hamburg Dr. Tim Holzki fachkundig die Paragrafen 64, 65, 88, 92–95 Korrektur gelesen und in Halle haben Dr. Frederic Stephan und Paul Gross bei der Aktualisierung der Abschnitte zum öffentlichen Sachenrecht und Verwaltungsorganisationsrecht mitgewirkt. Paul Gross hat zudem das Verzeichnis der zitierten Festschriften erstellt.

Wie bei allen anspruchsvollen wissenschaftlichen Werken garantiert auch in diesem Fall das Streben nach größtmöglicher Zuverlässigkeit und Genauigkeit nicht die Freiheit von Fehlern und Irrtümern, für die die Bearbeiter die Verantwortung übernehmen, sich aber zugleich über Hinweise und konstruktive Kritik freuen.

Hamburg/Halle/Chemnitz im November 2022

Rolf Stober
Winfried Kluth
Sven Eisenmenger
Stefan Korte

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis IX
Inhaltsübersicht des 1. Bandes XXXIX
Abkürzungsverzeichnis XLIII
Verzeichnis der zitierten Festgaben, Fest- und Gedächtnisschriften LXI

Siebter Teil. Grundlagen einer transparenten Verwaltung 1
§ 64. Internationaler, unions- und verfassungsrechtlicher Rahmen 1
§ 65. Informations- und Datenverwaltungsrecht 10

Achter Teil. Grundlagen der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen 18

Erster Abschnitt. Die Ersatzleistungen im System des Verwaltungsrechts 18
§ 66. Begriff, Funktionen und Systematik der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen 18

Zweiter Abschnitt. Verschuldensabhängige Ersatzleistungen 22
§ 67. Amtshaftung 22
§ 68. Haftung aus verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen 67
§ 69. Gefährdungshaftung im öffentlichen Recht 76
§ 70. Die unionsrechtliche Staatshaftung der Mitgliedstaaten 79

Dritter Abschnitt. Entschädigungsansprüche 102
§ 71. Enteignungsentschädigung 102
§ 72. Sonstige Entschädigungsansprüche 121
§ 73. Spezialgesetzliche Entschädigungsansprüche 149

Neunter Teil. Grundlagen des öffentlichen Sachenrechts 165

Erster Abschnitt. Die Rechtsstellung der öffentlichen Sachen 165
§ 74. Begriff, Arten und Wesen der öffentlichen Sachen 165
§ 75. Widmung und Entwidmung 174
§ 76. Der Rechtsstatus der öffentlichen Sachen 184

Zweiter Abschnitt. Die Benutzung der öffentlichen Sachen 201
§ 77. Gemeingebrauch 201
§ 78. Sondernutzung 216

Zehnter Teil. Grundlagen der Verwaltungsorganisation 226

Erster Abschnitt. Grundlagen und Grundbegriffe des Verwaltungsorganisationsrechts 226
§ 79. Gegenstand und Begriff des Verwaltungsorganisationsrechts 226
§ 80. Verfassungsrechtliche Vorgaben für das Verwaltungsorganisationsrecht 266
§ 81. Die Organisationsgewalt und ihre Zuordnung 337

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 82. Funktionssubjekte der Verwaltungsorganisation 367
§ 83. Zuständigkeits- und Leitungsordnung 413

Zweiter Abschnitt. Die einzelnen Organisationsformen der öffentlichen Verwaltung 465
§ 84. Die Ministerialverwaltung 465
§ 85. Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften 478
§ 86. Das Recht der öffentlichen Anstalten 543
§ 87. Die öffentlich-rechtlichen Stiftungen 599

Elfter Teil. Grundlagen der kooperativen Verwaltung 614

Erster Abschnitt. Die Verwaltung als Kooperationspartner 614
§ 88. Kooperations- und Privatisierungsformen 614
§ 89. Das Recht der kommunalen Gemeinschaftsarbeit 623

Zweiter Abschnitt. Kooperation mit Privaten und Privatisierung 658
§ 90. Grundlagen der Beleihung 658
§ 91. Grundlagen der Verwaltungshilfe und der Inpflichtnahme 678
§ 92. Die privatrechtlich organisierte Verwaltung 694
§ 93. Public-Private-Partnerships 726
§ 94. Materielle Privatisierung 735
§ 95. Privatisierungsfolgenrecht 740
§ 96. Vergabehandeln 745

Zwölfter Teil. Grundlagen der Verwaltungsvollstreckung und Verwaltungssanktionierung 800
§ 97. Verwaltungsvollstreckungsverfahren 800
§ 98. Verwaltungssanktionsrecht 830

Dreizehnter Teil. Grundlagen der Verwaltungskontrolle 857

Erster Abschnitt. Allgemeines Verwaltungskontrollrecht 857
§ 99. Begriff und Instrumente der Verwaltungskontrolle 857

Zweiter Abschnitt. Selbst- und Fremdkontrolle 862
§ 100. Selbstkontrolle der Verwaltung 862
§ 101. Instrumente der Fremdkontrolle der Verwaltung 872

Sachverzeichnis 879

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht des 1. Bandes XXXIX
Abkürzungsverzeichnis XLIII
Verzeichnis der zitierten Festgaben, Fest- und Gedächtnisschriften LXI

Siebter Teil. Grundlagen einer transparenten Verwaltung
(Eisenmenger)

§ 64. Internationaler, unions- und verfassungsrechtlicher Rahmen
I. Informations- und Datenverwaltungsrecht – Eingrenzungen und Abgrenzungen 1
II. Internationales Recht 3
III. Unionsrecht 5
1. Unionsrecht für Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union 5
a) Primärrecht 5
b) Sekundärrecht 5
2. Unionsrecht für die Mitgliedstaaten 6
a) Primärrecht 6
b) Sekundärrecht 6
IV. Verfassungsrecht 8
1. Gibt es einen Informationsverfassungsanspruch? 8
2. Schutz öffentlicher und privater Interessen 9

§ 65. Informations- und Datenverwaltungsrecht
I. Informationsrecht – Anspruchsgrundlagen und Modi der Umsetzung . . 10
1. Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetze 10
a) Überblick 10
b) Antragsabhängiger Individualanspruch 11
c) Informationsportal 12
2. Informationsanspruch nach Verwaltungsverfahrensgesetzen 13
3. Informationsanspruch nach der Datenschutz-Grundverordnung und den Datenschutzgesetzen 13
4. Der Informationsanspruch in besonderen Gebieten 13
II. Datenverwaltungsrecht 14
1. Schutz öffentlicher Interessen 14
2. Schutz privater Interessen 15
a) Schutz personenbezogener Daten 15
b) Schutz geistigen Eigentums 16
c) Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen 16
III. Verwaltungswissenschaftliche Kritik 17

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Achter Teil. Grundlagen der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen *(Kluth)*

Erster Abschnitt. Die Ersatzleistungen im System des Verwaltungsrechts

§ 66. Begriff, Funktionen und Systematik der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen 18
I. Begriffsklärungen 18
II. Die Funktionen der Ersatzleistungen 19
III. Die Systematik des Rechts der Ersatzleistungen 20
IV. Rechtspolitische Perspektiven 21

Zweiter Abschnitt. Verschuldensabhängige Ersatzleistungen

§ 67. Amtshaftung
I. Rechtsgrundlagen 24
1. Rechtsentwicklung der Amtshaftung in Deutschland 24
2. Heutige Rechtsgrundlagen und rechtssystematische Einordnung 25
3. Rechtstatsachen, Kritik und Reformbestrebungen 26
II. Anwendbarkeit und haftungsverdrängende Sonderregelungen 27
III. Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes 27
1. Grundsatz der Funktionshaftung 27
2. Öffentliches Amt 28
a) Allgemeine Kriterien 28
b) Privatrechtliches Verwaltungshandeln 29
c) Beliehene 30
d) Verwaltungshelfer 31
e) Beauftragung Privater 31
f) Technische Einrichtungen 35
g) Staatshandeln im Ausland 36
h) Gesamtsystematik 36
i) Feststellung der Amtsausübung in Problemfällen 37
aa) Teilnahme am allgemeinen Straßenverkehr 37
bb) Verkehrssicherung und Verkehrsregelung 38
cc) Anstaltsnutzung 41
dd) Benutzung von Post und Bahn 41
ee) Pflegeltern 41
3. „In Ausübung“ eines öffentlichen Amtes 41
IV. Verletzung einer Amtspflicht 42
1. Begriff und Begründung der Amtspflicht 42
2. Inhalt einzelner Amtspflichten 44
3. Amtspflichtwidrigkeit und Rechtswidrigkeit 46
V. Drittbezogenheit der Amtspflicht 48
1. Allgemeine Anforderungen an die Drittbezogenheit 48
2. Einzelne Fallgruppen 49
3. Sonderfälle der Haftung für normatives Unrecht und legislatives Unterlassen 52
VI. Verursachung des Schadens (Kausalität) 53

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

VII. Verschulden 54
1. Verschuldensprinzip 54
2. Schuldformen 54
3. Verschulden bei unrichtiger Rechtsanwendung 55
4. Objektivierung des Verschuldens 55
VIII. Haftungsausschluss und Subsidiarität nach § 839 I 2 BGB 56
1. Zweck der Regelung 56
2. Kasuistik zum Ausschluss der Subsidiaritätsklausel 56
3. Durchsetzbarkeit des anderweitigen Ersatzanspruchs 57
IX. Haftungsbeschränkungen 58
1. Mitverschulden nach § 254 BGB 58
2. Rechtsmittelversäumung nach § 839 III BGB 59
3. Sondergesetzliche Haftungsbeschränkungen 60
4. Richterprivileg gem. § 839 II BGB 62
X. Verjährung gem. § 195 BGB 63
1. Verjährungsbeginn 63
2. Verjährungsunterbrechung 63
3. Verjährungshemmung 63
XI. Inhalt und Umfang des Amtshaftungsanspruchs 64
1. Geldersatz 64
2. Schmerzensgeld 64
3. Begrenzung durch den Schutzzweck 64
XII. Passivlegitimation 64
1. Haftungssubjekt 64
2. Haftungszurechnung 65
XIII. Rückgriff auf den Amtswalter (Innenregress) 65
XIV. Konkurrenzen 66
1. Gefährdungshaftung und deliktische Ansprüche 66
2. Folgenbeseitigungs- und Unterlassungsanspruch 66
3. Aufopferungsentschädigung 66
4. Ansprüche aus den Staatshaftungsgesetzen der neuen Bundesländer 66
XV. Rechtsschutzfragen 66

§ 68. Haftung aus verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen
I. Rechtsgrundlagen 67
II. Bestehen eines verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses 68
1. Allgemeine Anforderungen 68
2. Einzelfälle 69
III. Haftungsgründe 71
1. Unmöglichkeit 71
2. Verzug 71
3. Sonstige Pflichtverletzungen 74
IV. Verschulden 74
V. Haftungsbeschränkungen 75
VI. Rechtsschutzfragen 75

§ 69. Gefährdungshaftung im öffentlichen Recht
I. Begriff und Rechtsgrundlagen 76

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

II. Gefährdungshaftung im öffentlichen Recht 77
1. Keine allgemeine Gefährdungshaftung im öffentlichen Recht 77
2. Einzelfälle gesetzlicher Gefährdungshaftung für Verwaltungsrisiken . . 78

§ 70. Die unionsrechtliche Staatshaftung der Mitgliedstaaten
I. Rechtsgrundlage 81
II. Die Haftung der Europäischen Union 85
1. Außervertragliche Haftung 85
a) Die einzelnen Tatbestandsmerkmale 85
aa) Bedienstete und Organe der Union 85
bb) Ausübung einer Amtstätigkeit 86
cc) Handeln in Ausübung einer Amtstätigkeit 86
dd) Rechtswidrigkeit 87
ee) Unmittelbarer Kausalzusammenhang 88
ff) Bedeutung des Verschuldens 89
gg) Subsidiarität 89
b) Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruchs 90
c) Verhältnis zum deutschen Staatshaftungsrecht 91
2. Vertragliche Haftung 92
III. Unionsrechtliche Voraussetzungen für eine Staatshaftung der Mitgliedstaaten 93
1. Verstoß gegen Unionsrecht 94
2. Individueller Schutzzweck der verletzten unionsrechtlichen Norm . . 96
3. Hinreichend qualifizierte Rechtsverletzung 96
4. Unmittelbarer Kausalzusammenhang 98
5. Verschulden 98
6. Differenzierung nach Handlungsformen 99
IV. Ausgestaltungs- und Ergänzungsbefugnisse der Mitgliedstaaten 100
V. Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruchs 101

Dritter Abschnitt. Entschädigungsansprüche

§ 71. Enteignungsentschädigung
I. Grundlagen und Systematik des Entschädigungsrechts 102
1. Bestandsaufnahme der anerkannten Entschädigungsansprüche 102
2. Äußere Systematik der Entschädigungsansprüche 104
3. Innere Systematik der Entschädigungsansprüche 106
a) Begründung der Entschädigungspflicht – die Frage nach dem „Warum“ 106
b) Kriterien der Entschädigungspflicht – die Frage nach dem „Wann“ 106
c) Anforderungen an die gesetzliche Ausgestaltung des Entschädigungsanspruchs 107
d) Kriterien der Rechtswegbestimmung 109
4. Das Entschädigungsrecht in der Gesamtsystematik des Staatshaftungsrechts 109
II. Die Enteignung nach Art. 14 III GG 110
1. Eigentumsbegriff und Enteignungsbegriff 110
a) Der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff 110
b) Enteignung als Eigentumsentzugsakt 112

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

c) Legalenteignung und Administrativenteignung 114
2. Umstrittene Einzelfragen 115
a) Bausperren und Baupflichten 115
b) Anschluss- und Benutzungszwang 115
c) Rechts- und polizeiwidriges Eigentum 116
d) Naturschutz- und Denkmalschutzrecht 116
III. Die Voraussetzungen der Enteignung 117
1. Das Gesetzmäßigkeitsprinzip 117
2. Zugelassene Enteignungszwecke 117
3. Verhältnismäßigkeit des Eigentumsentzugs 117
4. Junktimklausel 118
IV. Art und Umfang der Entschädigung 119
1. Umfang der Entschädigung 119
a) Substanzverlust 119
b) Folgeschäden 119
2. Begrenzung der Entschädigung 120
3. Anspruchsgegner 120
V. Das Enteignungsverfahren 120

§ 72. Sonstige Entschädigungsansprüche
I. Enteignender Eingriff und ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung 121
1. Vorbemerkungen 122
2. Der enteignende Eingriff in der Rechtsprechung des BGH 123
a) Ableitung aus dem Aufopferungsanspruch 123
b) Vorliegen eines Eingriffs in das Eigentum 124
c) Vorliegen eines Sonderopfers 125
d) Entschädigung 126
aa) Art und Umfang der Entschädigung 126
bb) Anspruchsgegner 127
cc) Verjährung 127
e) Konkurrenzen 127
f) Rechtsschutzfragen 128
3. Die ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung 128
a) Entwicklung und Kerngehalte der Rechtsfigur 128
b) Verhältnis zum enteignenden Eingriff 130
c) Die Begründung der Entschädigungspflicht 131
aa) Die Unterscheidung von Freiheitsbeschränkung und Lastenabwälzung 133
bb) Grenzen der Lastenabwälzung 134
cc) Kriterien zur Bestimmung der Grenzen der Gemeinlast 136
dd) Erfasste Schutzgüter und Grundrechte 137
d) Die Anforderungen an die gesetzliche Regelung des Entschädigungsanspruchs 138
e) Konkurrenzen 139
f) Rechtsschutzfragen 139
II. Entschädigung wegen rechtswidriger Eigentumsverletzung 139
1. Vorbemerkungen 139
2. Der enteignungsgleiche Eingriff in der Rechtsprechung des BGH . . . 140

beck shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

a) Ursprüngliche Ableitung und Entwicklung bis zum Nassauskiesungsbeschluss . . . 140
b) Neuorientierung nach dem Nassauskiesungsbeschluss . . . 141
c) Heutiger Anwendungsbereich . . . 142
3. Der Folgenentschädigungsanspruch als Alternative . . . 142
4. Gemeinsame tatbestandliche Voraussetzungen . . . 144
a) Vorliegen eines Eingriffs in das Eigentum . . . 144
b) Vorliegen eines Sonderopfers . . . 144
5. Entschädigung . . . 145
6. Konkurrenzen . . . 145
7. Rechtsschutzfragen . . . 145
III. Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit Einschränkungen und Verletzungen anderer Freiheitsgrundrechte (allgemeiner Aufopferungsanspruch und aufopferungsgleicher Eingriff) . . . 145
1. Rechtsgrundlage . . . 145
a) Vorbemerkung . . . 145
b) Ableitung des Aufopferungsanspruchs . . . 146
c) Ableitung des aufopferungsgleichen Eingriffs . . . 146
2. Anwendungsbereich . . . 146
3. Vorliegen eines Eingriffs . . . 147
4. Vorliegen eines Sonderopfers . . . 147
5. Entschädigung und Verjährung . . . 148
6. Konkurrenzen . . . 148
7. Rechtsschutzfragen . . . 148

§ 73. Spezialgesetzliche Entschädigungsansprüche
I. Übersicht . . . 149
II. Entschädigungsansprüche im Recht der polizei- und ordnungsbehördlichen Gefahrenabwehr . . . 150
1. Rechtsgrundlagen . . . 150
2. Haftung für Schäden rechtmäßig in Anspruch genommener Nichtstörer 152
3. Haftung für Zufallsschäden Unbeteiligter . . . 152
4. Haftung für Schäden von aufgrund § 323c StGB zur Hilfeleistung verpflichteten Personen . . . 154
5. Haftung für Schäden eines freiwillig und mit behördlicher Zustimmung handelnden Polizeihelfers . . . 154
6. Haftung für Schäden aufgrund rechtswidriger Gefahrenabwehrmaßnahmen . . . 155
III. Staatshaftungsrecht der neuen Bundesländer . . . 157
1. Die Überleitung des DDR-Staatshaftungsgesetzes durch den Einigungsvertrag . . . 157
2. Der Regelungsgehalt des übergeleiteten DDR-Staatshaftungsgesetzes 158
3. Aktuelle Geltung des modifizierten DDR-Staatshaftungsgesetzes in den neuen Ländern . . . 158
a) Übersicht . . . 158
b) Die Rechtslage in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen . . . 159
c) Die Rechtslage in Sachsen-Anhalt . . . 163

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Neunter Teil. Grundlagen des öffentlichen Sachenrechts *(Kluth)*

Erster Abschnitt. Die Rechtsstellung der öffentlichen Sachen

§ 74. Begriff, Arten und Wesen der öffentlichen Sachen

I. Bedeutung und Begriff der öffentlichen Sachen 165
1. Bedeutung der öffentlichen Sachen 165
2. Eigenständiger öffentlich-rechtlicher Sachbegriff 167
3. Negativabgrenzung: Keine öffentlichen Sachen 167
a) Ausschließliche Verfügungsmacht des (Privat-)Eigentümers 167
b) Gegenstände des Finanzvermögens 168
c) Wälder und Flure im Außenbereich 168
II. Arten der öffentlichen Sachen 169
1. Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch 169
a) Verwaltungsvermögen im engeren Sinne 169
b) Betriebsvermögen 169
2. Öffentliche Sachen im Zivilgebrauch 170
a) Sachen im Anstaltsgebrauch 170
b) Sachen im Gemeingebrauch 170
aa) Öffentliche Straßen 170
bb) Gewässer 172
cc) Luft 172
c) Sachen im Sondergebrauch 173
3. Res sacra 173

§ 75. Widmung und Entwidmung

I. Begriff der Widmung 174
II. Arten der Widmung 175
1. Widmung durch Gesetz 176
2. Widmung durch förmliches Verwaltungsverfahren 176
3. Widmung durch Verwaltungsakt 176
4. Widmung kraft Eintragung 178
5. Widmung kraft unvordenklicher Verjährung 178
6. Widmung durch Gewohnheitsrecht 178
III. Indienststellung als ergänzender Realakt 179
IV. Voraussetzungen der Widmung 179
1. Privatrechtliche Verfügungsmacht 179
2. Verfügungsmacht des Widmenden 180
3. Zustimmung des Unterhaltungspflichtigen 180
V. Beendigung und Änderung der Widmung 181
1. Beendigung der Widmung 181
2. Änderung der Widmung 182
3. Teileinziehung 183

§ 76. Der Rechtsstatus der öffentlichen Sachen

I. Öffentliche Sachen zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht 184
1. Modifiziertes Privateigentum 184
a) Grundsatz der Geltung der Privatrechtsordnung 184

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

b) Hinzutreten der öffentlich-rechtlichen Sachherrschaft 185
c) Unterscheidung Eigentümer, Sachherr, Unterhaltungspflichtiger 185
2. Zur Kritik am modifizierten Privateigentum 186
a) Öffentliches Eigentum 186
b) Verbleibende Defizite 187
II. Rechtsfolgen 188
1. Grundsatz der Geltung der Privatrechtsordnung 188
2. Begrenzung durch die öffentlich-rechtliche Zweckbestimmung 188
III. Straßenbaulast 190
1. Straßenbaulast im Straßenrecht 190
a) Begriff der Straßenbaulast 190
b) Inhalt und Umfang der Straßenbaulast 190
c) Träger der Straßenbaulast 191
aa) Bundesfernstraßen 191
bb) Landstraßen 191
cc) Gemeindestraßen und -wege, Ortsverbindungsstraßen 192
dd) Ortsumgehungen 192
ee) Ortsdurchfahrten 192
ff) Sonstige öffentliche Straßen 193
gg) Kreuzungen 193
d) Änderung des Trägers der Straßenbaulast 193
e) Finanzierung der Herstellungs- und Unterhaltungskosten 194
2. Unterhaltungslast im Wasserrecht 194
a) Begriff der Unterhaltungslast 194
b) Träger der Unterhaltungslast 195
aa) Gewässer I. Ordnung 195
bb) Gewässer II. oder III. Ordnung 195
c) Duldungs-, Finanzierungs- und Unterhaltungspflichten Privater 195
3. Straßenverkehrssicherungspflicht 196
a) Abgrenzung von Unterhaltungspflicht und Verkehrssicherungspflicht 196
b) Rechtscharakter der Verkehrssicherungspflicht 196
aa) Verkehrssicherungspflicht der Ordnungsbehörden 196
bb) Verkehrssicherungspflicht des Trägers der Straßenbaulast 196
IV. Aufsicht 197
1. Aufsicht im weiteren und im engeren Sinne 197
2. Aufsicht bei Sachen im Anstaltsgebrauch 197
3. Aufsicht im Straßenrecht 197
a) Straßenaufsichtsbehörden 198
b) Träger der Straßenbaulast 198
c) Straßenbaubehörden 198
d) Ordnungsbehörden 199
e) Straßenverkehrsbehörden und Verkehrspolizei 199
4. Aufsicht im Wasserrecht 199
a) Wasserbehörden des Bundes 199
b) Wasserbehörden der Länder 199
5. Aufsicht im Luftrecht 200
V. Rechtsweg bei Streitigkeiten 200

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zweiter Abschnitt. Die Benutzung der öffentlichen Sachen

§ 77. Gemeingebrauch

I. Begriff des Gemeingebrauchs 202
II. Rechtsnatur des Gemeingebrauchs 202
III. Inhalt und Grenzen des Gemeingebrauchs 203
1. Straßenrecht 204
a) Der Verkehrszweck als Inhalt des straßenrechtlichen Gemeingebrauchs 205
aa) Gewerblich-kommerzielle Zielsetzungen 206
bb) Politische Information als Nutzungszweck 207
cc) Religiöse und weltanschauliche Informationsveranstaltungen 207
dd) Straßenkunst und Gemeingebrauch 208
ee) Die Nutzung der Straße zum Aufenthalt 208
b) Die Konkretisierung des straßenrechtlichen Gemeingebrauchs durch das Straßenverkehrsrecht 209
2. Wasserrecht 209
3. Luftrecht 210
IV. Einschränkungen und Erweiterungen des Gemeingebrauchs 211
1. Straßenrecht 211
2. Wasserrecht 211
3. Luftrecht 212
V. Anliegergebrauch 213
1. Begriff des Anliegergebrauchs 213
2. Rechtsnatur des Anliegergebrauchs 213
3. Inhalt und Grenzen des Anliegergebrauchs 213
a) Straßenrecht 215
b) Wasserrecht 216

§ 78. Sondernutzung

I. Der Inhalt von Sondernutzungen 216
1. Straßenrecht 217
2. Wasserrecht 218
3. Sondergebrauch an nicht im Gemeingebrauch stehenden öffentlichen Sachen 218
II. Die Sondernutzungserlaubnis 218
1. Straßenrecht 218
a) Sondernutzung unter Beeinträchtigung des Gemeingebrauchs . . . 218
b) Sondernutzung ohne Beeinträchtigung des Gemeingebrauchs . . . 219
c) Verhältnis zu sonstigen verkehrs- oder ordnungsbehördlichen Erlaubnissen 220
2. Wasserrecht 221
a) Abgrenzung von Erlaubnis und Bewilligung 221
b) Gemeinsamkeiten beider Rechtsinstitute 222
c) Verhältnis zu anderen Erlaubnissen 222
3. Telekommunikation und Personenbeförderung 223

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

III. Die Sondernutzungsgebühr 223
1. Straßenrecht 223
2. Wasserrecht 225

Zehnter Teil. Grundlagen der Verwaltungsorganisation

Erster Abschnitt. Grundlagen und Grundbegriffe des Verwaltungsorganisationsrechts *(Kluth)*

§ 79. Gegenstand und Begriff des Verwaltungsorganisationsrechts
I. Gegenstand und Rechtsgrundlagen des Verwaltungsorganisationsrechts 226
1. Verwaltung als Organisation 226
a) Bedeutung und Dimensionen von Organisation 226
b) Organisations-Begriffe 229
c) Organisations-Arten 229
aa) Unterscheidung nach Struktur und Stellung 229
bb) Unterscheidung nach der Organisations-Rechtsform 230
cc) Unterscheidung nach der Rechtsfähigkeit 231
dd) Unterscheidung nach der Rechtsgrundlage 231
ee) Unterscheidung nach Organisationsmustern 232
2. Verwaltung als Teil organisierter Staatlichkeit 235
3. Begriff und Rechtsgrundlagen des Verwaltungsorganisationsrechts . . 238
a) Begriff des Organisationsrechts 238
b) Rechtsquellen und Rechtsgrundlagen des Verwaltungsorganisationsrechts 238
4. Die einzelnen Anforderungen an das Verwaltungsorganisationsrecht 239
5. Die einzelnen Regelungsgegenstände des Verwaltungsorganisationsrechts 241
II. Die rechtssystematische Stellung des Verwaltungsorganisationsrechts . . . 241
1. Verwaltungsorganisationsrecht und Staatsorganisationsrecht 241
2. Verwaltungsorganisationsrecht und Verwaltungsverfahrensrecht 242
3. Verwaltungsorganisationsrecht und öffentliches Dienstrecht 242
4. Verwaltungsorganisationsrecht und öffentliches Haushaltsrecht 243
5. Verwaltungsorganisationsrecht und materielles Recht 243
6. Verwaltungsorganisationsrecht und Unionsrecht 243
III. Verwaltungsmodernisierung und neue Steuerungsmodelle 244
1. Entwicklung der Reformdiskussion 244
a) Zentrale Themen der Reformdiskussion 245
b) Schwächen der herkömmlichen Verwaltungsorganisation 246
c) Rückgriff auf Erfahrungen der Betriebswirtschaft und Managementlehre 247
d) Zielvorgaben und Instrumente des Neuen Steuerungsmodells . . . 249
e) Anwendung des NSM in der Ministerialverwaltung und im Hochschulbereich 253
2. Die Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells in Deutschland 254
3. Strukturelle Probleme der Verwaltungsmodernisierung 258
IV. Verwaltungsreform und Verwaltungskultur 260

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 80. Verfassungsrechtliche Vorgaben für das Verwaltungsorganisationsrecht
I. Die maßgeblichen Ebenen verfassungsrechtlicher Vorgaben 266
1. Grundgesetz und Landesverfassungen 266
2. Unionsrechtliche Vorgaben 269
II. Verfassungsrechtliche Ableitung und Grenzen des Grundsatzes der freien Wahl der Organisationsform 273
1. Begriffliche und systematische Grundlagen 274
a) Die Unterscheidung von Organisationsformen und Verwaltungstypen 274
b) Die unterschiedlichen Funktionen von Organisationsformen und Verwaltungstypen 277
c) Die unterschiedliche Ausprägung und Bereitstellung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Organisationsformen 278
d) Die pragmatischen Gründe für die Wahl einer bestimmten Organisationsform 279
2. Die verfassungsrechtliche Verankerung des Grundsatzes der freien Wahl der Organisationsformen 280
a) Die Aussagen des Grundgesetzes und der Landesverfassungen zu den Organisationsformen 280
b) Die Ableitung der Wahlfreiheit aus dem Charakter des Verfassungsrechts als Rahmenrecht und dem Privatrecht als allgemein zugänglichem Recht 280
3. Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers und ihre Grenzen 280
4. Die Wahlfreiheit der Exekutive und ihre Grenzen 281
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben für einzelne Verwaltungstypen 282
1. Die Vorgaben des Grundgesetzes 283
a) Das Verhältnis von Regierung und Verwaltung 283
b) Vorgaben für die bundeseigene Verwaltung 285
aa) Normen und Systematik 285
bb) Die Regelungen im Einzelnen 287
cc) Besonderheiten im Bereich Post- und Telekommunikation nach Art. 87e und 87f. GG 291
dd) Besonderheiten der Finanzverwaltung 294
ee) Die Sonderstellung der Bundesbank 295
ff) Die Einordnung des Bundesrechnungshofs 295
c) Vorgaben des Grundgesetzes für die Landesverwaltung 296
d) Sonstige Vorgaben 298
2. Die Vorgaben der Landesverfassungen 299
a) Vorbemerkungen 299
b) Das Verhältnis von Regierung und Verwaltung 299
c) Vorgaben für den Aufbau der Landesverwaltung 301
d) Vorgaben für die kommunale Selbstverwaltung 301
e) Vorgaben für sonstige Verwaltungsträger 301
IV. Anforderungen an die demokratische Legitimations- und Leitungsordnung 302
1. Der organisationsrechtliche Gehalt des Demokratieprinzips 302
a) Grundaussagen 302

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

b) Das Legitimationssystem und seine Bauelemente 303
aa) Institutionelle Legitimation 303
bb) Personelle Legitimation 304
cc) Sachlich-inhaltliche Legitimation 306
dd) Das erforderliche Legitimationsniveau 307
c) Kritik und alternative Konzeptionen 307
aa) Kritik an den empirischen Grundlagen 308
bb) Kritik an der dogmatischen Konzeption 308
(1) Verkennung des Prinzipiencharakters 308
(2) Personelle Legitimation als bloße Fiktion 311
(3) Einführung weiterer Legitimationsinstrumente 312
d) Perspektivenwechsel im Neuen Steuerungsmodell 312
e) Folgerungen für das Verwaltungsorganisationsrecht 316
2. Begriff und Erscheinungsformen von Leitungsgewalt 317
a) Begriff der Leitungsgewalt 317
b) Träger und Erscheinungsformen von Leitungsgewalt 317
c) Ausübungsformen von Leitungsgewalt 319
V. Spezifische rechtsstaatliche Vorgaben für die Verwaltungsorganisation . . 320
1. Auswirkungen der Gesetzesbindung auf die Verwaltungsorganisation 320
2. Gewaltenteilung und Verwaltungsorganisation 321
3. Willkürverbot und Gebot der Systemgerechtigkeit 323
4. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 323
5. Bezüge zu weiteren rechtsstaatlichen Grundsätzen 326
VI. Grundrechtliche Vorgaben und Impulse für die Verwaltungsorganisation 327
1. Differenzierung nach Bereichen und Fallkonstellationen 327
2. Ermöglichung des Grundrechtsgebrauchs durch staatliche Organisationen 328
3. Grundrechtsschutz gegenüber der Mitgliedschaft in öffentlich-rechtlichen Verbänden und Organisationen 329
4. Auswirkungen der Grundrechtsbindung auf die interne Organisation von Verwaltungsträgern 329
5. Grundrechtsschutz von Verwaltungsträgern 330
VII. Die Verwaltungstypen des Grundgesetzes und der Landesverfassungen . . 331
1. Funktionen und Kriterien der Typenbildung 331
2. Die verfassungsrechtlich ausgebildeten Typen der Verwaltungsorganisation 332
a) Die Ministerialverwaltung 332
b) Die kommunale Selbstverwaltung 333
c) Die funktionale Selbstverwaltung 333
3. Einordnung weiterer Organisationsformen 334
a) Ministerial- oder weisungsfreie Verwaltungseinheiten 335
b) Privatrechtsförmige Verwaltungseinheiten 335
c) Public-Private-Partnerships 336
4. Hierarchie – Module – Netzwerke: Wandlungen in der Makrostruktur der Verwaltungsorganisation 336

§ 81. Die Organisationsgewalt und ihre Zuordnung
I. Organisationsrecht und Organisationsgewalt 338

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

1. Das Verhältnis von Organisationsrecht und Organisationsgewalt . . . 338
2. Begriff, rechtliche Grundlage und Abgrenzung der Organisationsgewalt . . . 339
a) Begriffsbestimmung . . . 339
b) Die historische Entwicklung parlamentarischer Zuständigkeiten im Bereich der Organisationsgewalt im Überblick . . . 341
c) Rechtliche Grundlagen der Organisationsgewalt . . . 341
d) Abgrenzung von anderen Komponenten der Leitungsgewalt . . . 342
II. Grundsätze der Zuordnung von Organisationsgewalt . . . 343
1. Systematische Unterscheidungen . . . 343
2. Parlamentarisches Zugriffsrecht und allgemeiner Gesetzesvorbehalt . . 344
3. Die parlamentarischen Zuständigkeiten im Bereich der Verwaltungsorganisation im Einzelnen . . . 346
a) Grundgesetz . . . 346
b) Landesverfassungen . . . 347
c) Zusammenfassende Würdigung . . . 349
III. Allgemeine Verwaltungsorganisationsgesetze und spezialgesetzliche Regelungen der Verwaltungsorganisation des Bundes und der Länder . . 350
1. Geschichte und Funktionen allgemeiner Organisationsgesetze . . . 350
2. Die Gesetzgebungskompetenz für allgemeine Organisationsgesetze . . 351
3. Regelungsgehalte allgemeiner Organisationsgesetze . . . 354
4. Die Rechtslage auf Bundesebene . . . 354
5. Die Landesorganisationsgesetze . . . 355
6. Spezialgesetzliche Organisationsregelungen auf Landesebene . . . 359
7. Bedeutung und Zulässigkeit von organisationsrechtlichen Experimentierklauseln . . . 360
IV. Die Organisationsgewalt der Verwaltungsträger im Einzelnen . . . 360
1. Träger der exekutivischen Organisationsgewalt . . . 360
a) Unterscheidung zwischen Verbands- und Organkompetenz . . . 360
b) Grundsätze für rechtsfähige Verwaltungseinheiten . . . 361
c) Grundsätze für nichtrechtsfähige Verwaltungseinheiten . . . 362
d) Grundsätze für privatrechtsförmige Verwaltungseinheiten . . . 362
2. Instrumentale und formale Anforderungen an die Ausübung der Organisationsgewalt . . . 363
3. Organisationsermessen . . . 363
4. Organisationsgewalt und materielle Befugnisse . . . 365

§ 82. Funktionssubjekte der Verwaltungsorganisation

I. Begriffliche und funktionale Kategorien zur Erfassung der Verwaltungsorganisation . . . 367
1. Die einzelnen Funktionen organisationsrechtlicher Grundbegriffe und die daraus abzuleitenden Anforderungen an die Begriffs- und Systembildung . . . 368
2. Die Rechtsfähigkeit von Funktionssubjekten . . . 370
a) Begriff und Funktion der Rechtsfähigkeit . . . 370
b) Juristische Person, Vollrechtsfähigkeit und Teilrechtsfähigkeit . . . 371
c) Die Bestimmung der Zurechnungskriterien nach Funktionszusammenhängen . . . 375

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

aa) Gegenstände der Zurechnung im Überblick 375
bb) Arten der Zurechnung 375
cc) Dogmatische Grundlagen der Zurechnung 377
dd) Unterscheidung zwischen Außen- und Innenrechtskreis 379
ee) Zurechnungsgrundsätze im Außenrechtskreis 379
ff) Zurechnungsgrundsätze im Innenrechtskreis 382
gg) Allgemeine Grundsätze der Wissenszurechnung 383
hh) Wissenszurechnung bei Teilnahme am Privatrechtsverkehr . . 386
ii) Wissenszurechnung bei öffentlich-rechtlichem Handeln 388
jj) Normative Beschränkungen der Wissenszurechnung 390
d) Die Bedeutung der (Teil-) Rechtsfähigkeit für Zurechnung und Handlungsfolgen 390
aa) Rechtsfähigkeit und Kompetenz 390
bb) Die Überschreitung der Verbandskompetenz und ihre Folgen für die Zurechnung 391
cc) Die Überschreitung der Organkompetenz und ihre Folgen . . 392
e) Anforderungen an die Verleihung der Vollrechtsfähigkeit an öffentlich-rechtlich verfasste Funktionssubjekte 392
3. Analyse und Einordnung der in Wissenschaft und Praxis verwendeten Begriffe und Kategorien für die Funktionssubjekte der öffentlichen Verwaltung 393
a) Träger öffentlicher Verwaltung 393
b) Verwaltungseinheit und Verwaltungsstelle 393
c) Verwaltungsträger 394
d) Verwaltungsbehörde 395
e) Weitere Begriffe und Kategorien 396
4. Begründung eines normativen Verwaltungsträgerbegriffs 396
II. Bildung von Verwaltungsträgern und anderen Funktionssubjekten 398
1. Bildung, Errichtung und Einrichtung von Funktionssubjekten 398
2. Form- und Zulässigkeitsfragen 400
3. Die Organisations-Rechtsformen 400
a) Kein numerus-clausus der Organisations-Rechtsformen 400
b) Grundtypen der Organisations-Rechtsformen 401
III. Organe öffentlich-rechtlicher Funktionssubjekte 401
1. Definition 401
2. Die einzelnen Arten von Organen 403
a) Unterscheidung nach der Struktur der Organe 403
aa) Monistische und monokratische Organe 403
bb) Kollegialorgane 404
b) Unterscheidung nach der Stellung zur Organisation 405
c) Unterscheidung nach der funktionellen Zuständigkeit 405
d) Unterscheidung nach der Selbstständigkeit zur Sachentscheidung 405
e) Weitere Unterscheidungen 406
3. Organteile und Unterorgane 406
4. Die Bildung von Organen 406
a) Bildung und Errichtung eines Organs 406
b) Einrichtung eines Organs 407
5. Organkompetenz und Organrechte 407

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

a) Organkompetenz 407
b) Rechte von Organen und Organteilen 408
IV. Organwaltersphäre und Privatsphäre 408
1. Abgrenzung von Organwaltersphäre und Privatsphäre 408
2. Statusrechte der Organwalter und Zuweisung eines Amtes 409
a) Statusrechte von Organwaltern 409
b) Zuweisung eines Amtes 410
c) Abordnung, Umsetzung, Versetzung 411

§ 83. Zuständigkeits- und Leitungsordnung

I. Die Zuständigkeitsordnung 413
1. Bedeutung, Begriff und Arten der Zuständigkeit 413
a) Bedeutung der Zuständigkeitsordnung 413
b) Begriff der Zuständigkeit 414
c) Arten der Zuständigkeit 416
aa) Sachliche Zuständigkeit 416
bb) Örtliche Zuständigkeit 416
cc) Instanzielle Zuständigkeit 417
dd) Funktionelle Zuständigkeit 417
ee) Verbands- und Organzuständigkeit 418
d) Allgemeine Pflicht zu Beachtung der Zuständigkeitsordnung 418
e) Folgen von Zuständigkeitsmängeln 419
aa) Erlass von Verwaltungsakten durch eine unzuständige Stelle 419
bb) Abschluss von verwaltungsrechtlichen Verträgen durch eine unzuständige Stelle 420
cc) Schlicht-hoheitliches Handeln unzuständiger Stellen 421
dd) Rechte der zuständigen Stelle 421
2. Mehrfache Zuständigkeit 421
a) Grundsätzliche Fragen 421
b) Arten der Mehrfachzuständigkeit 422
aa) Notkompetenz und Gefahr im Verzuge 422
bb) Selbsteintrittsrecht 423
cc) Mehrheit von Anknüpfungspunkten 424
c) Konfliktlösungsregeln 424
aa) Prioritätsregel 424
bb) Bestimmungsrecht der Aufsichtsbehörde 425
cc) Streitentscheidung durch die Aufsichtsbehörde 425
3. Zuständigkeitsverlagerungen 425
a) Übersicht und Bedeutung 425
b) Zuständigkeitsänderung im laufenden Verfahren 426
c) Delegation 428
d) Mandat 430
e) Amtshilfe 431
aa) Begriff und Funktion der Amtshilfe 432
bb) Voraussetzungen und Reichweite der Amtshilfe 437
cc) Das Amtshilfeverfahren 444
dd) Die Durchführung der Amtshilfe 446
ee) Grenzüberschreitende Amtshilfe im Unionsrechtsraum 449

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ff) Die Kosten der Amtshilfe 451
f) Rechtsnachfolge im Organisationsrecht 452
II. Interne Leitungsordnung 453
1. Struktur der internen Leitungsordnung 453
a) Leitungsordnung und Leitungsgewalt 453
b) Verfassungsrechtlicher Rahmen der internen Leitungsordnung . . . 454
c) Strukturelemente und Rechtsgrundlagen der internen Leitungsgewalt 455
aa) Interne Organisationsgewalt 455
bb) Personalgewalt 455
cc) Haushaltsgewalt 455
dd) Sachentscheidungsgewalt 456
ee) Geschäftsleitung 457
ff) Interne Kontrolle 458
2. Differenzierung nach Rechtssphären und Rechtsbeziehungen 458
3. Die einzelnen Gestaltungs- und Steuerungsinstrumente 460
a) Delegation und Mandat 460
b) Weisungen 460
III. Externe Leitungsordnung 461
1. Externe Leitungsrechte im Überblick 461
2. Externe Weisungen 461
3. Aufsichts- und Kontrollrechte 462
4. Gemeinsame Entscheidungszuständigkeiten 463
5. Zielvereinbarungen 464

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zweiter Abschnitt. Die einzelnen Organisationsformen der öffentlichen Verwaltung

§ 84. Die Ministerialverwaltung *(Korte)*
I. Verfassungsrechtlicher Rahmen 465
II. Terminologie 466
III. Verwaltungswissenschaftliche Bewertung 467
1. Vorteile 467
2. Nachteile 468
3. Bedeutung des Neuen Steuerungsmodells 468
IV. Aufbau 469
1. Bundesebene 469
a) Oberste Bundesbehörden 469
b) Obere Bundesbehörden 470
c) Bundesbehörden der Mittelstufe 471
d) Untere Bundesbehörden 472
e) Weitere Einrichtungen 472
2. Landesebene 472
a) Oberste Landesbehörden 473
b) Mittelinstanz 473
c) Untere Landesbehörden 474
d) Weitere Einrichtungen 475
e) Weitere landesrechtliche Besonderheiten 475

V. Aufgabenspektrum 475
VI. Entscheidungsfindung 476
1. Ressortübergreifende Ausschüsse 476
2. Einbeziehung externen Sachverstands 477

§ 85. Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften *(Kluth)*
I. Geschichte, Begriff, Erscheinungsformen und Errichtung 479
1. Historische Entwicklung 479
2. Begriff der öffentlichen Körperschaft 480
3. Erscheinungsformen und Arten der öffentlichen Körperschaft 482
4. Die Errichtung von öffentlichen Körperschaften 485
II. Die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung 487
1. Die verfassungsrechtliche Mehrebenengarantie der kommunalen Selbstverwaltung 488
2. Die einzelnen Vorgaben des Grundgesetzes für die kommunale Selbstverwaltung 489
a) Funktionen der Selbstverwaltungsgarantie des Grundgesetzes 489
b) Die dogmatische Struktur der Selbstverwaltungsgarantie 489
c) Die Selbstverwaltungsgarantie zugunsten der Gemeinden 492
d) Die Selbstverwaltungsgarantie der Gemeindeverbände und Kreise 498
e) Die Zuordnung der Verbands- und Samtgemeinden 502
2. Die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung in den Landesverfassungen 502
a) Funktionen und Regelungsgehalte der Vorschriften zur kommunalen Selbstverwaltung in den Landesverfassungen 502
b) Stellung der Kommunen im Verwaltungsaufbau 503
c) Verfassungsgarantie des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen 504
d) Regelungen zur Finanzausstattung der Kommunen 505
e) Anforderungen an Gebietsänderungen und sonstige Eingriffe in den Bestand von Kommunen 506
III. Die verfassungsrechtliche Einordnung der funktionalen Selbstverwaltung 508
1. Begriff der funktionalen Selbstverwaltung 509
2. Typologie der funktionalen Selbstverwaltung 513
a) Funktionen- und Typusvielfalt 513
b) Thematische Gliederung der funktionalen Selbstverwaltung 516
(1) Die wirtschaftlichen und freiberuflichen Kammern 516
(2) Die Realkörperschaften 517
(3) Die Soziale Selbstverwaltung 517
(4) Die Hochschul-Selbstverwaltung 517
3. Strukturelle Unterscheidungs- und Einteilungsmöglichkeiten 517
4. Rechtsvergleichende Aspekte 518
IV. Das Mitgliedschaftsverhältnis in öffentlich-rechtlichen Körperschaften 518
1. Allgemeine Einordnung 518
2. Begründung und Beendigung der Mitgliedschaft 519
3. Status der Mitglieder 520
4. Mitgliedschaftliche Rechte 520
a) Anspruch auf Mitgliedschaft 520
b) Einzelne Rechte der Mitglieder 521

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

5. Mitgliedschaftliche Pflichten 522
V. Leitungsorgane und Leitungsstrukturen 523
1. Zentrales Kollegialorgan 523
2. Vorstand oder Präsidium 524
3. Hauptverwaltungsbeamte 524
4. Vorgaben für die Aufgabenverteilung zwischen den Organen 525
VI. Die Aufsicht über öffentlich-rechtliche Körperschaften im Allgemeinen und das Recht der Kommunalaufsicht 526
1. Staatsaufsicht über öffentlich-rechtliche Körperschaftsaufsicht im Allgemeinen 526
2. Das Recht der Kommunalaufsicht 527
a) Begriff, Gegenstand und Grundlage der Kommunalaufsicht 528
b) Die verschiedenen Arten der Kommunalaufsicht 529
c) Allgemeine Grundsätze des Aufsichtshandelns 529
d) Die Rechtsaufsicht 531
aa) Kontrolle der Rechtmäßigkeit kommunalen Verwaltungshandelns 531
bb) Präventive Aufsicht 532
(1) Beratung der Gemeinden 532
(2) Genehmigungsvorbehalte 532
cc) Repressive Aufsicht 534
(1) Das Informationsrecht 534
(2) Das Beanstandungs- und Aufhebungsrecht 534
(3) Anordnung und Ersatzvornahme 536
(4) Die Bestellung eines Beauftragten 536
(5) Auflösung des Gemeinderats 537
(6) Vorzeitige Beendigung der Amtszeit des Bürgermeisters 538
(7) Geltendmachung von Ansprüchen gegen Gemeindeorgane durch die Kommunalaufsicht 538
e) Die Fachaufsicht (Sonderaufsicht) 538
aa) Allgemeines 538
bb) Dualistisches Modell 539
cc) Monistisches Modell 539
dd) Weisungsrecht im Bereich der Bundesauftragsverwaltung . . . 540
f) Rechtsfolgen fehlerhaft ausgeübter Aufsicht 541
aa) Rechtsaufsicht 541
bb) Fachaufsicht 541
5. Rechtsschutz der Gemeinde gegen Aufsichtsmaßnahmen 541
a) Maßnahmen der weisungsfreien Aufsicht 541
b) Maßnahmen der Fachaufsicht 542

§ 86. Das Recht der öffentlichen Anstalten *(Korte)*
I. Rechtliche Grundlagen im Allgemeinen 545
1. Begriff 545
a) Hinführungen 545
b) Organisationsrechtliche Begriffsbestimmung 545
c) Ausgrenzung einzelner Anforderungen 547
d) Abgrenzung zu verwandten Erscheinungsformen 548

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Typisierungen 551
a) Trägerschaft 551
b) Rechtliche Selbstständigkeit 551
aa) Vollrechtsfähige Anstalten 551
bb) Teilrechtsfähige Anstalten 552
cc) Nicht-rechtsfähige Anstalten 553
c) Anstaltszweck 553
d) Rechtliche Vorformung 554
e) Ausgabendeckung 556
f) Nutzbarkeit 557
g) Benutzungsart 557
h) Rechtsform der Nutzung 557
aa) Anstalten mit öffentlich-rechtlicher Nutzung 558
bb) Anstalten mit privatrechtlicher Nutzung 558
3. Anstaltsorganisationsrecht 558
a) Anstaltszweck 558
b) Anstaltsträger 559
aa) Merkmale 559
bb) Verantwortlichkeit 560
c) Organe 561
aa) Grundlegung 561
bb) Vorstand 562
cc) Verwaltungsrat 562
dd) Verhältnis von Anstaltsträger und Anstalt 563
d) Rechtsquellen 564
e) Entstehen, Auflösung, Umwandlung 566
f) Aufsichtsstrukturen 568
4. Anstaltsnutzung 569
a) Zulassung 569
aa) Rechtsnatur 569
bb) Anforderungen 569
cc) Rechtsfolge 570
dd) Anschluss- und Benutzungszwang 571
(1) Begriff 571
(2) Voraussetzungen 572
(3) Befreiung 572
(4) Grundrechte 573
b) Anstaltsnutzung 574
aa) Anstaltsgewalt als Basis 574
(1) Merkmale 574
(2) Inhaber 575
(3) Unterworfene 575
bb) Nutzungsverhältnis 577
(1) Grundlagen 577
(2) Fallgruppen 577
(a) Rein privatrechtlich genutzte Anstalten 577
(b) Anstalten ohne Sonderstatus 578
(c) Anstalten mit Sonderstatus 578

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

(3) Grenzen 580
(4) Abwicklung 581
(a) Einschlägige Rechtsvorschriften 581
(b) Öffentlich-rechtliche Abwicklung 582
cc) Fürsorgepflichten 584
dd) Handlungsformen 585
ee) Abwehransprüche Dritter 585
c) Beendigung 586
II. Das Recht der Sparkassen im Besonderen 586
1. Entwicklungslinien 586
2. Anstaltszweck 588
3. Organisation 589
a) Sparkassen 590
aa) Anstaltscharakter 590
bb) Organe 590
(1) Vorstand 590
(2) Verwaltungsrat 591
(3) Kreditausschuss 591
cc) Errichtung und Auflösung 592
b) Sparkassenmarkt 592
c) (Zwangs-)Zusammenschlüsse 593
d) Privatisierungsoptionen 595
5. Rechtsstellung 596
6. Abwicklung 597
7. Aufsicht und Kontrolle 597

§ 87. Die öffentlich-rechtlichen Stiftungen *(Kluth)*
I. Begriff und Arten der öffentlich-rechtlichen Stiftungen 599
1. Historische Entwicklung und Bedeutung des Stiftungsrechts 599
2. Begriff der öffentlich-rechtlichen Stiftung 602
3. Arten der öffentlich-rechtlichen Stiftung 607
4. Neuere Entwicklungen – insbesondere im Hochschulbereich 609
II. Entstehung von öffentlich-rechtlichen Stiftungen 610
III. Leitungsorgane und Leitungsstrukturen von öffentlich-rechtlichen Stiftungen 611
IV. Aufsicht über die öffentlich-rechtlichen Stiftungen 612

Elfter Teil. Grundlagen der kooperativen Verwaltung

Erster Abschnitt. Die Verwaltung als Kooperationspartner

§ 88. Kooperations- und Privatisierungsformen *(Eisenmenger)*
I. Kooperation und Privatisierung – Hintergrund 614
1. Kooperation zwischen staatlichen Akteuren 614
2. Kooperation von Staat mit Privat (Privatisierung) 615
II. Erscheinungsformen staatlicher Kooperation 617
1. Öffentlich-rechtliche Erscheinungsformen 617
2. Privatrechtliche Kooperationsformen 619
III. Erscheinungsformen der Privatisierung 619

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

1. Formelle Privatisierung (Organisationsprivatisierung) 620
2. Vermögensprivatisierung (Eigentumsprivatisierung) 620
3. Funktionale Privatisierung 620
4. Materielle Privatisierung (Aufgabenprivatisierung) 621
5. Sonstige Privatisierungsformen 621

§ 89. Das Recht der kommunalen Gemeinschaftsarbeit *(Kluth)*
I. Begriff, Motive, Erscheinungsformen, Rechtsgrundlagen 624
1. Begriff der kommunalen Gemeinschaftsarbeit 624
2. Motive der Kooperation 625
3. Einfachgesetzliche Rechtsgrundlagen 625
a) Entwicklung des Rechts der kommunalen Gemeinschaftsarbeit . . 625
b) Die Landesgesetze über kommunale Gemeinschaftsarbeit 626
4. Besonderheiten der grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit 629
5. Systematisierung der Erscheinungsformen kommunaler Gemeinschaftsarbeit 630
6. Verfassungsrechtliche Grundlagen und Rechtsfragen 631
a) Bundesverfassungsrecht 631
b) Landesverfassungsrecht 633
6. Aufsicht 634
II. Der Zweckverband 634
1. Begriff und organisationsrechtliche Einordnung 634
2. Die Gründung von Zweckverbänden 635
a) Das Verfahren der Gründung von Zweckverbänden 635
b) Mitgliedschaft in Zweckverbänden 636
c) Gründungsfehler und ihre Heilung 636
3. Organe des Zweckverbands 638
a) Die Verbandsversammlung 638
b) Der Verbandsvorsitzende 640
4. Auflösung von Zweckverbänden und Austritt einzelner Mitglieder . . 640
a) Auflösung von Zweckverbänden 640
b) Austritt einzelner Mitglieder 641
c) Rechtsnachfolge in die Mitgliedschaft 641
5. Die Aufgaben und Befugnisse von Zweckverbänden 641
6. Die Finanzierung der Verbandsaufgaben 643
7. Aufsicht über Zweckverbände 643
III. Verwaltungsgemeinschaft, Amt, Gemeindeverwaltungsverband 644
1. Begriff der Verwaltungsgemeinschaft 644
2. Erscheinungsformen der Verwaltungsgemeinschaft 644
3. Verfassungsmäßigkeit der Pflicht zur Bildung von Verwaltungsgemeinschaften 648
IV. Zweckvereinbarung und öffentlich-rechtliche Vereinbarung 650
V. Kommunale Arbeitsgemeinschaft 651
VI. Stadt-Umland-Verband 651
1. Bedeutung und Begriff 651
2. Die einzelnen Stadt-Umland-Verbände 651
VII. Höhere Gemeindeverbände und Bezirksverbände 653

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

1. Die Landschaftsverbände 653
2. Die Landeswohlfahrtsverbände 655
3. Regionalverbände 656
VIII. Sonstige Formen öffentlich-rechtlicher Gemeinschaftsarbeit 657
IX. Privatrechtliche Zusammenarbeit 657

Zweiter Abschnitt. Kooperation mit Privaten und Privatisierung

§ 90. Grundlagen der Beleihung *(Stober)*
I. Begriff und Bedeutung der Beleihung 659
II. Verwaltungsexterne und verwaltungsinterne Beleihung 661
III. Erscheinungsformen 662
1. Differenzierung nach Rechtsgebieten des Verwaltungsrechts: 662
2. Rechtspolitische Beleihungsdiskussion 665
3. Differenzierung nach obrigkeitlichen und schlicht-hoheitlichen Befugnissen 665
4. Differenzierung nach Sanktions- und Gebührenbefugnissen 666
5. Beleihung und Funktionenteilung 667
IV. Der Beliehene als Glied einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 667
V. Abgrenzung der Beleihung von anderen Rechtsinstituten 668
VI. Gegenstand der Beleihung 669
VII. Rechtsrahmen der Beleihung 669
1. Das anzuwendende Rechtsregime 669
2. Unionsrechtliche Vorgaben 669
3. Bundesverfassungsrechtliche Vorgaben 670
4. Einfachgesetzliche Beleihungsvoraussetzungen 671
a) Sachgerechte Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse 671
b) Beleihung und öffentliche Auftragsvergabe 672
c) Beleihung und Gesetzesvorbehalt 673
VIII. Die Beleihung als Auftrags- und Treuhandverhältnis 674
1. Die Pflichten der Beliehenen 674
2. Die Rechte der Beliehenen 675
IX. Ende der Beleihung 676
X. Das Rechtsverhältnis zwischen Beliehenem und Dritten 677
1. Allgemeine Rechtsstellung 677
2. Amtshaftung 678

§ 91. Grundlagen der Verwaltungshilfe und der Inpflichtnahme *(Stober)*
I. Bedeutung der Verwaltungshilfe 679
II. Funktionale Verwaltungshilfe 679
III. Anwendungsfelder der Verwaltungshilfe 681
IV. Abgrenzung von der Beleihung und der Verwaltungssubstitution 684
V. Rechtliche Ausgestaltung der Verwaltungshilfe 684
VI. Rechtliche Grenzen der Verwaltungshilfe 685
1. Unionsrechtliche Grenzen? 685
2. Geltung des Gesetzesvorbehalts im Bereich der Verwaltungshilfe? . . . 686
3. Dienstrechtliche Vorgaben 688
4. Verwaltungsrechtliche Vorgaben 688

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

a) Informationsrechtliche Vorgaben 688
b) Datenschutzrechtliche Vorgaben 688
c) Haushaltsrechtliche Vorgaben 689
5. Vergaberechtliche Vorgaben 689
VII. Abgrenzung zur Amtshilfe 690
VIII. Inpflichtnahme 690
1. Begriff und Abgrenzung 690
2. Erscheinungsformen der Inpflichtnahme 692

§ 92. Die privatrechtlich organisierte Verwaltung *(Eisenmenger)*
I. Eingrenzung und Abgrenzung 694
1. Verwaltung in Privatrechtsform – eine Einordnung 694
a) Privatrechtliche Organisationsformen als Ausfluss der Wahlfreiheit der Verwaltung 694
b) Rechtfertigung der eigenständigen Kategorisierung 695
2. Definitorische Eingrenzung der privatrechtlich organisierten Verwaltung 696
3. Verhältnis zu besonderen Erscheinungsformen der Verwaltung 697
a) Beleihung und Verwaltungshilfe 697
b) Öffentliche Unternehmen 697
c) Gemischt-wirtschaftliche Unternehmen 698
d) Dritter Sektor 698
II. Erscheinungsformen und Entwicklungslinien 699
1. Erscheinungsformen 699
2. Entwicklungslinien 701
III. Organisationsmotive 701
1. Verwaltungswissenschaftliche Motive 701
2. Nachteile privatrechtlicher Ausgliederungen 702
3. Materielle Privatisierung als Alternative 702
IV. Unionsrechtliche Vorgaben 703
1. Der Einfluss der Europäischen Union auf die nationale Rechtsordnung 703
2. Art. 106 AEUV als Grundentscheidung für die Behandlung öffentlicher Unternehmen 703
3. Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen, staatliche Beihilfen 705
V. Verfassungsrechtliche Beurteilung 706
1. Widerspruchsfreiheit zur Verwaltungskonzeption des Grundgesetzes 706
2. Gewinnerzielungszweck versus Abgabenstaat 707
3. Gesetzesvorbehalt und Organisationsgewalt 709
4. Rechtsstaatsprinzip 710
5. Demokratieprinzip 710
a) Entscheidung und Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen 711
b) Wandel der parlamentarischen Kontrolle durch Privatisierung . . . 712
6. Art. 33 Abs. 4 GG 712
7. Grundrechtsfähigkeit 713
8. Grundrechtspflichtigkeit 714
VI. Verwaltungsrechtliche Zulässigkeitsvoraussetzungen und Bindungen . . . 715

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

1. Kommunalrechtliche Bindungen 715
a) Kommunale Kategorien wirtschaftlicher Unternehmen und Anforderungen der Gemeindeordnungen 715
b) Erfordernis eines öffentlichen Zwecks 716
c) Subsidiarität kommunaler Wirtschaftstätigkeit 717
d) Tätigkeitserweiterungen kommunaler Unternehmen 717
2. Haushaltsrechtliche Bindungen 718
3. Aufgabenstellung des Verwaltungsträgers 719
4. Vergaberechtliche Bindungen 720
5. Beschränkungen bei der Wahl der Organisationsform 720
6. Organisationsermessen 721
7. Beschränkungen bezüglich der Wahl von Angestellten 721
8. Strafrechtliche Haftung 722
VII. Überlagerung von Verwaltungs- und Gesellschaftsrecht 722
1. Gründung 722
2. Verwaltungsrechtliche Bindungen 723
3. Öffentlich-rechtliche und gesellschaftsrechtliche Inkongruenzen 723
VIII. Aufsicht und Steuerung einschl. Compliance 724
IX. Rechtsstellung Dritter 724
1. Grundsätzliche Beeinträchtigungsfreiheit 724
2. Konkurrenzsituation 725
3. Haftungsbeschränkungen 726

§ 93. Public-Private-Partnerships *(Eisenmenger)*
I. Begriff, Bedeutung und Abgrenzung 727
1. Alte und neue Kooperationsformen 727
2. Public-Private-Partnership als verwaltungswissenschaftlicher Sammelbegriff 727
II. Erscheinungsformen der Public-Private-Partnerships 729
1. Allgemeines Verwaltungsrecht 729
2. Besonderes Verwaltungsrecht 729
III. Modellformen der Public-Private-Partnerships 731
IV. Typisierung der Public-Private-Partnerships 733
V. Motive für Public-Private-Partnerships 733
VI. Machbarkeitsstudien 734
VII. Rechtliche Ausgestaltung von Public-Private-Partnerships 734
1. Public-Private-Partnerships in der Grauzone des Rechts 734
2. Mindeststandards für Public-Private-Partnerships 734

§ 94. Materielle Privatisierung *(Eisenmenger)*
I. Begriff und Einordnung 736
II. Zur ökonomischen Zweckmäßigkeit materieller Privatisierungen 736
III. Zulässigkeit der Privatisierung und Privatisierungspflicht 738
1. Unions- und verfassungsrechtliche Privatisierungsvorgaben 738
2. Abgabenstaat und Privatisierungspflicht 739
IV. Privatisierungsgrenzen 740

§ 95. Privatisierungsfolgenrecht *(Eisenmenger)*
I. Das Prinzip der Gewährleistungsverantwortung 740

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

II. Regulierungsrecht als spezielles Privatisierungsfolgenrecht 741
III. Regulierungsrechtsgrundlagen 742
IV. Regulierungsinstrumente und -organisation 742
V. Regulierungsfinanzierung 742
VI. Regulierungsrechte und -kontrolle 743
VII. Regulierungsrecht als Fachrecht: Das Beispiel Energiewirtschaftsrecht . . 743

§ 96. Vergabehandeln *(Korte)*
I. Konfliktlagen 745
II. Genese 746
III. Das Recht der Oberschwellenvergabe 747
1. Zielsetzungen 747
2. Auslegungsgrundsätze 748
3. Rechtsgrundlagen 748
a) Anwendungsbereich 748
aa) Allgemeine Ausnahmen, § 107 GWB 748
bb) Ausnahmen im internationalen Bereich, § 109 GWB 749
cc) Ausnahmen im Bereich Verteidigung, § 117 GWB 749
b) Vergabe öffentlicher Aufträge 750
aa) Öffentliche Aufträge im Allgemeinen 750
(1) Voraussetzungen 750
(a) Tauglicher Auftraggeber 750
(b) Tauglicher Auftragnehmer 755
(c) Auftrag 758
(2) Rechtsfolgen 762
(a) Lieferung von Waren 763
(b) Öffentliche Bauaufträge 773
(c) Öffentliche Dienstleistungsaufträge 774
(d) Klassifikation von Mischformen 775
bb) Vergabe von Sektorenaufträgen 776
(1) Voraussetzungen 776
(a) Auftraggeber 776
(b) Auftragnehmer 777
(c) Auftrag 778
(2) Rechtsfolge 778
(a) Ausnahmen 778
(b) Modifikationen 779
cc) Sicherheits- und Verteidigungsaufträge, § 104 GWB 781
(1) Voraussetzungen 781
(2) Rechtsfolgen 781
(a) Ausnahmen, § 145 GWB 782
(b) Modifikationen 782
c) Vergabe von Konzessionen 783
aa) Voraussetzungen, § 105 GWB 783
(1) Konzessionsgeber, § 101 GWB 783
(2) Konzessionsnehmer 783
(3) Konzession 784
bb) Rechtsfolge 785

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

(1) Ausnahmen, §§ 149 f. GWB 785
(2) Verfahrenswahl 786
(3) Vergabeverfahren 786
(a) Vorbereitungsphase 786
(b) Ausschreibungsphase 787
(c) Bewertungsphase 788
(d) Zuschlagphase 789
(4) Spezielle Regelungen 789
d) Administrative Freiräume 789
IV. Das Recht der Unterschwellenvergabe 790
1. Rechtsquellen 790
2. Sinn und Zweck 791
3. Anforderungen höheren Rechts 791
4. Das Recht der Unterschwellenvergabe 792
a) Vergabe öffentlicher Aufträge 792
aa) Voraussetzungen 793
bb) Rechtsfolge 793
cc) Desiderate 794
b) Vergabe öffentlicher Bauaufträge 794
c) Vergabe von Konzessionen 795
V. Knappheitsverwaltung jenseits von Vergabeverfahren 795
1. Konstellationen 795
2. Rechtliche Rahmenbedingungen 796
a) Höheres Recht 796
b) Einfaches Recht 797
VI. Verhältnis zum Preisrecht 798
VII. Strafrechtlicher Flankenschutz 798

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zwölfter Teil. Grundlagen der Verwaltungsvollstreckung und Verwaltungssanktionierung

§ 97. Verwaltungsvollstreckungsverfahren *(Kluth)*

I. Grundlagen und systematische Einordnung der Verwaltungsvollstreckung 801
1. Begriff und Rechtsgrundlagen 801
2. Stellung im System des Verwaltungsrechts 803
3. Rechtsstaatliche Ordnung der Verwaltungsvollstreckung 804
II. Allgemeine Grundsätze der Verwaltungsvollstreckung 806
1. Vollstreckbare Ansprüche 806
a) Öffentlich-rechtliche Ansprüche 806
b) Privatrechtliche Ansprüche 806
2. Beteiligte und Betroffene 806
a) Vollstreckungsgläubiger 806
b) Anordnungsbehörde 807
c) Vollstreckungsbehörde 807
d) Vollstreckungsschuldner 808
e) Drittbetroffene 809
f) Mitwirkende Behörden und Justizorgane 809

III. Die Verwaltungsvollstreckung wegen Geldforderungen 809
1. Vollstreckungsgegenstand 809
2. Vollstreckungsanordnung 809
a) Funktion und allgemeine Voraussetzungen 809
b) Leistungsbescheid 810
c) Fälligkeit der Leistung 811
d) Ablauf der Wochenfrist und Mahnung 812
e) Inhalt der Vollstreckungsanordnung 812
3. Vollstreckungsverfahren 812
a) Übersicht und Systematik 812
b) Vollstreckung in das bewegliche Vermögen 813
c) Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen 813
d) Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung 813
4. Rechtsschutz 813
IV. Die Verwaltungsvollstreckung wegen Handlungen, Duldungen und Unterlassungen 814
1. Überblick und Systematik 814
2. Die einzelnen Zwangsmittel 815
a) Allgemeine Charakterisierung und Einordnung 815
b) Auswahl der Zwangsmittel und Angebot eines Austauschmittels . . 816
c) Ersatzvornahme 817
d) Zwangsgeld 819
e) Unmittelbarer Zwang 820
3. Das gestreckte mehraktige Zwangsverfahren 821
a) Vollstreckungsgrundlage 821
b) Androhung 824
c) Festsetzung 825
d) Anwendung 826
4. Das abgekürzte mehraktige Zwangsverfahren 826
5. Sofortiger Zwang 827
6. Polizeiliche Standardmaßnahmen (besondere Befugnisse) 828
7. Rechtsschutz 828
V. Kosten der Verwaltungsvollstreckung 830

§ 98. Verwaltungssanktionsrecht *(Korte)*
I. Begriff des Verwaltungssanktionsrechts 831
1. Allgemeiner Sanktionsbegriff 831
2. Verwaltungsrechtlicher Sanktionsbegriff 831
3. Unionsrechtlicher Sanktionsbegriff 832
4. Abgrenzung zum Kriminalstrafrecht 833
a) auf nationaler Ebene 833
aa) Richtervorbehalt im Verwaltungssanktionsrecht 834
bb) Verwaltungsvorbehalt im Verwaltungssanktionsrecht 835
cc) Konturierung des Zwischenbereichs 835
dd) Zuordnungskriterien 836
(1) Materielle Anknüpfungspunkte 836
(2) Funktionale Anknüpfungspunkte 837
(3) Formelle Anknüpfungspunkte 837

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

b) auf Unionsebene 838
5. Disziplinarrechtliche und standesrechtliche Sanktionen 839
II. Geschichtliche Entwicklungslinien 840
1. Beginn als Verwaltungsstrafrecht 840
2. Entwicklungen im Kaiserreicht 840
3. Entwicklungen in der Weimarer Republik 841
4. Entwicklungen im Nationalsozialismus 841
5. Entstehen des heutigen Ordnungswidrigkeitenrechts 841
III. Sanktionskompetenzen 842
1. auf Unionsebene 842
a) Spezifische Zuständigkeiten 842
b) Generalisierende Zuständigkeiten 843
c) Übertragung durch den Unionsgesetzgeber 844
2. auf nationaler Ebene 845
IV. Inhaltliche Anforderungen 845
1. auf Unionsebene 845
a) Bedeutung des Art. 325 I AEUV 846
b) Bedeutung der justiziellen Unionsgrundrechte 846
c) Kontrollintensität 847
2. auf nationaler Ebene 848
a) Verfahrensvorgaben 848
b) Materiell-rechtliche Anforderungen 849
aa) Akzessorietät zu(m) Verwaltungsrecht(sakten) 849
bb) Verhältnis von Verwaltungssanktion und -zwang 849
cc) Bedeutung der Justizgrundrechte 851
c) Überformung durch Unionsrecht 851
aa) Anwendungsbereich, § 2 OWiG 851
bb) Opportunitätsprinzip, § 47 OWiG 852
V. Mögliche Rechtsfolgen 852
1. Geldbuße 852
2. Verwarnungsgeld 853
3. Strafgeld 854
4. Ordnungspönalen 854
a) Erscheinungsformen 854
b) Wirkweise 855
5. Weitere Sanktionsfacetten auf Unionsebene 856

Dreizehnter Teil. Grundlagen der Verwaltungskontrolle *(Korte)*

Erster Abschnitt. Allgemeines Verwaltungskontrollrecht

§ 99. Begriff und Instrumente der Verwaltungskontrolle
I. Begriff und Funktionen der Kontrolle 857
II. Arten der Verwaltungskontrolle 858
1. Selbst-, Eigen- und Fremdkontrolle 858
a) Selbst- bzw. Eigenkontrolle 858
b) Fremdkontrolle 859
2. Selbstinitiierte und fremdinitiierte Kontrolle 860

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3. Formlose und förmliche Kontrolle 860
III. Die Maßstäbe der Verwaltungskontrolle 860
1. Rechtskontrolle 861
2. Zweckmäßigkeitskontrolle 861
3. Wirtschaftlichkeitskontrolle 861
4. Erfolgskontrolle 861

Zweiter Abschnitt. Selbst- und Fremdkontrolle

§ 100. Selbstkontrolle der Verwaltung
I. Selbstinitiierte Selbstkontrolle der Verwaltung 862
1. Amtsaufsicht 862
a) Kontrollorgane 862
aa) Vorgesetztenkontrolle 862
(1) Funktionen 862
(2) Durchführung 863
(3) Maßstäbe 863
(4) Instrumente 864
bb) Kontrolle durch Querschnittseinheiten 864
(1) Begriff 864
(2) Formen 865
cc) Kontrolle durch Beauftragte 865
b) Kontrollaktivitäten im Neuen Steuerungsmodell 866
2. Behördenaufsicht 867
3. Staatsaufsicht 868
II. Fremdinitiierte Selbstkontrolle der Verwaltung 868
1. Das Widerspruchsverfahren 868
a) Zielsetzungen 868
b) Statthaftigkeit 868
c) Beschwer 870
d) Ablauf und Inhalt 870
2. Formlose Kontrollen 870
a) Gegenvorstellung 870
b) Fachaufsichtsbeschwerde 871
c) Dienstaufsichtsbeschwerde 871

§ 101. Instrumente der Fremdkontrolle der Verwaltung
I. Politische Fremdkontrollen durch Petition 872
2. Der Ombudsmann (Bürgerbeauftragter) 874
II. Administrative Fremdkontrollen 876
1. Datenschutzbeauftragte des Bundes bzw. der Länder 876
2. Rechnungshöfe 877
3. Vergabekammern 878
III. Fremdkontrolle durch die Europäische Kommission 878

Sachverzeichnis 879

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG